

Türkei: Staatsterror an den Unis

In den letzten Tagen nahmen die Repressionsmaßnahmen gegen die StudentInnen in der Türkei neue Dimensionen an: mehrere hundert StudentInnen wurden in den letzten Wochen in der Türkei inhaftiert. Am 28.04.1988 protestierten über 1000 StudentInnen der Uni Istanbul gegen Übergriffe von Zivilpolizisten an der Uni. Nachdem der Präsident der Uni Istanbul sich verleugnen ließ, wurde das Rektorat besetzt. Bei der Räumung durch Bereitschaftspolizei wurden 10 StudentInnen mit Polizeiknüppeln schwer verletzt und 158 StudentInnen festgenommen; weitere 7 StudentInnen sind bis zum Freitag inhaftiert worden. Am Freitag, dem 29.04.1988 fanden erneut Proteste gegen den Polizeieinsatz statt. Bereits Mitte letzter Woche wurden in Ankara ca. 50 StudentInnen, die mit der Herausgabe einer neuen Zeitung befasst waren, festgenommen. Der Studentenverein der Middle East Technical University reagierte mit einem am Freitag, dem 29.04.1988 durchgeführten Sitzstreik. Auch an der Universität von Samsun gab es Proteste gegen das Vorgehen der Polizei.

Maifeiern niedergeprügelt

Mit außerordentlicher Brutalität ging die Polizei am ersten Mai vor. In Istanbul wurde die Maifeier von der Polizei aufgelöst. Mehrere TeilnehmerInnen wurden dabei verletzt; eine Studentin lebensgefährlich. 250 Menschen, darunter viele StudentInnen wurden verhaftet. Bei einer Kranzniederlegung zum 1. Mai wurden in Izmir 30 Studierende festgenommen. Auch aus Ankara werden Festnahmen vom 1. Mai berichtet.

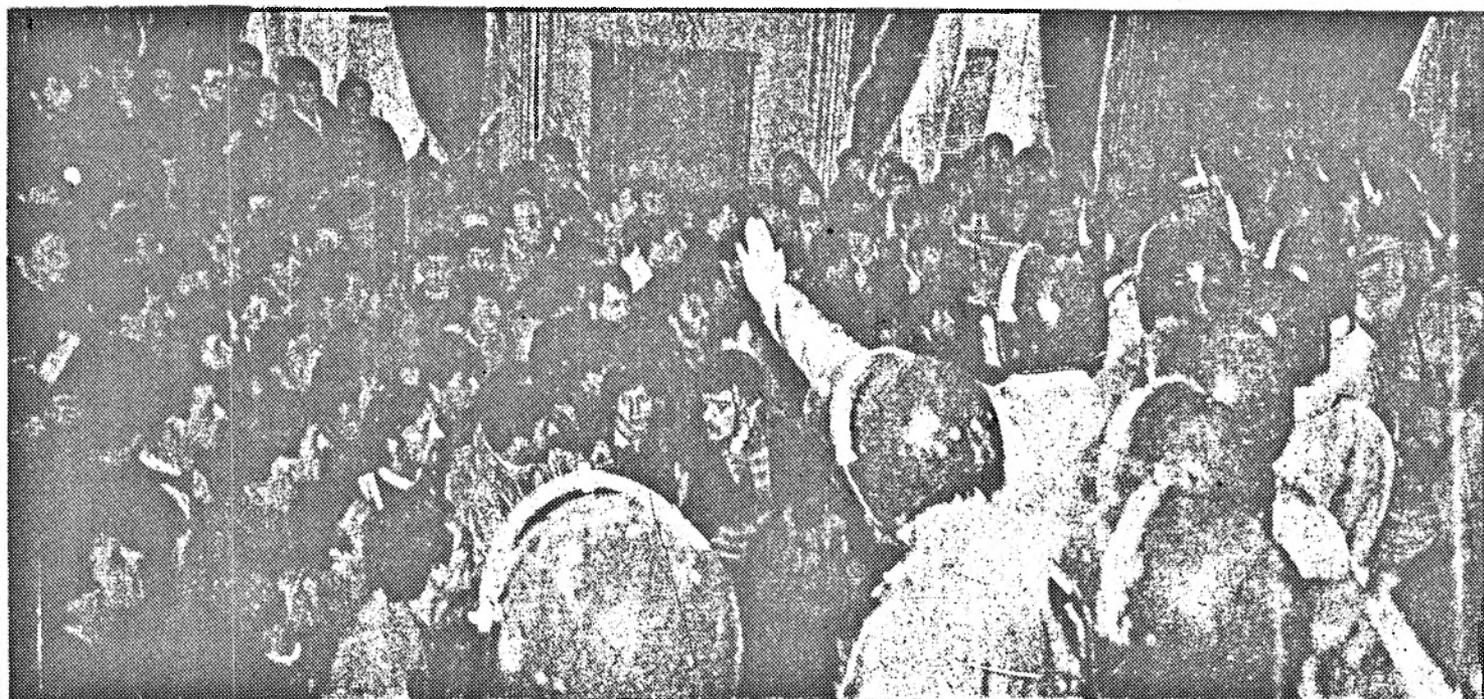
Undemokratisches Hochschulgesetz

Worin liegen die Ursachen für diese erneute Unterdrückung der Studentenbewegung in der Türkei?

Aktuell befürchten die Machthaber insbesondere für den ersten Mai eine Solidarisierung von Arbeitern und StudentInnen.

Die Proteste der türkischen StudentInnen machen sich hauptsächlich an der extrem undemokratischen Situation an den türkischen Hochschulen fest. Vor dem Putsch von 1980 stellten die Hochschulen der Türkei einen der aktivsten Teile der Gesellschaft dar. Nach der Machtübernahme der Generäle wurden die Universitäten dann zur Zielscheibe tiefgreifender anti-demokratischer Maßnahmen und Repressionen.

Mit der Verabschiedung des Hochschulgesetzes und der Gründung des Hohen Bildungsrates 1983 (YÖK) wurde den Universitäten jegliche Autonomie entzogen und sie darüberhinaus militärischem Reglement unterworfen. Mehrere 1000 kritische Mitglieder des Lehrkörpers wurden daraufhin aus politischen Gründen entlassen oder kündigten aus Protest gegen YÖK. Das neue Hochschulgesetz bewirkte die Abschaffung der Interessensvertretungsorgane der Studentenschaft. Heute unterstehen die studentischen Vereine und ihre einzelnen Mitglieder polizeilicher Observation. Jeder politisch aktive StudentIn muß jeder Zeit mit Disziplinarmaßnahmen von Seiten der Hochschule, sowie mit der eigenen Verhaftung rechnen. Für sämtliche Lehrveranstaltungen besteht strikte Anwesenheitspflicht, inclusive der obligatorischen Scheine für Abschlußklausuren muß ein/e türkischer Studierende/r durchschnittlich 24 Prüfungen pro Semester ablegen, bei zweimaligem Nichtbestehen droht die Exmatrikulation auf Lebenszeit.



Vereinsgründungen

Trotz aller Repressionen durch die Militärdiktatur formierte sich zuerst verhalten, dann ganz offen ein breiter Widerstand: bereits 1985 wurden die ersten Studentenvereine gegründet.

Behinderung der Vereine

Obschon auch für Studenten Vereinsgründungen prinzipiell rechtlich gefestigt sind, ist ihnen jegliche Form von politischer Betätigung und damit auch die Mitgliedschaft in einer politischen Vereinigung untersagt. Wider dem Verbot eines nationalen Zusammenschlusses der Studentenvereine werden trotzdem gemeinsame Aktionen organisiert.

Zu den wichtigsten Forderungen zählen die Wiedereinführung von akademischer, administrativer und finanzieller Autonomie der Hochschulen, Mitbestimmungsrecht für Studierende, Zubilligung von Räumen für die studentischen Organisationen innerhalb der Universitäten, etc..

Ein am 14. April 1987 vorgelegter Gesetzesentwurf von der Mutterlandspartei sollte die Studentenvereine faktisch der direkten Kontrolle durch die Hochschulverwaltung unterstellen, d.h. sie nur über eine explizite Genehmigung von der Hochschulverwaltung legalisiert würden, die wiederum die Mitgliedschaft von mindestens 50% aller Studierenden voraussetzt. Die Studentenvereine organisierten zunächst Unterschriftensammlungen, dann Demonstrationen, sowie Sitz- und Hungerstreiks. Obschon auch diesmal unter massiven Polizeieinsatz und Festnahmen versucht wurde, die Proteste zu ersticken, konnten die Studenten einen vorläufigen Erfolg erringen. Der Gesetzentwurf wurde zunächst zurückgezogen.

Die gewachsene Bedeutung der Studentenvereine wird vom Staat beantwortet mit Behinderung der Arbeit der Vereine bishin zu Verhaftungen und Folter der StudentInnen.



Klima der Unterdrückung

Augenfällig ist das Klima von Unterdrückung und Überwachung an der Middle East Technical University (METU), der Partneruniversität der TH Darmstadt. Paramilitärische Polizei (Jandarma) patrouilliert in voller Kampfausrüstung und Maschinengewehren im Anschlag auf dem Campus. Fahrzeuge werden immer wieder Untersuchungen unterzogen.

Zusammenarbeit zwischen Polizei und Univerwaltung

Gerade die direkte und unvermittelte Zusammenarbeit von Polizei, Geheimdienst und Hochschulverwaltung bedeutet für die Studierenden konkrete Bedrohungen: beginnend mit dem Ausschluß aus den Wohnheimen und dem Campus bishin zu Festnahmen. Viele Studenten müssen sich vor dem Staatsgerichtshof, einem eigens von der Junta geschaffenen Sondergericht verantworten; ihnen drohen mehrjährige Gefängnisstrafen.

Vereinsvorsitzender festgenommen und gefoltert

Schon am 23. Februar 1988 wurde Tarik Topcu, der Vorsitzende des Studentenvereins der METU, sowie 18 weitere StudentInnen festgenommen.

Ihnen wird vorgeworfen, Mitglieder einer verbotenen Organisation zu sein.

Wie in 90% aller Fälle von Inhaftnahme, wird auch Tarik Topcu gefoltert; über seinen gesundheitlichen Zustand gibt es ein ärztliches Attest, welches die Tatsachen der Folter bestätigt.

Alle polizeilichen Eingriffe sind eindeutige Versuche, die studentischen Proteste und Aktivitäten zu kriminalisieren und die Studentenbewegung einzuschüchtern.

Wir unterstützen die Forderungen der StudentInnen in der Türkei

- sofortige Freilassung aller festgenommener ArbeiterInnen und StudentInnen, ins besondere des Vorsitzenden des Studentenvereins der METU Tarik Topcu
- Schluß mit den Disziplinarmaßnahmen gegen politisch aktive StudentInnen
- Schluß mit der Zusammenarbeit von Hochschulverwaltung, Polizei und Geheimdienst
- Wiederherstellung von autonomen und demokratischen Hochschulen in der Türkei

Angesichts der Zustände an der Partnerhochschule der TH-Darmstadt der METU in Ankara sollte sich der Präsident der TH Darmstadt, Professor Böhme Überlegen, ob unter diesen Bedingungen die TH-Darmstadt als demokratische Hochschule an diesem Partnerschaftsvertrag festhalten kann.

TÜDÖB-Vereinigung demokratischer Studenten
aus der Türkei
Ausländerausschuß der THD
ASTa der TH-Darmstadt